

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 14

vom 15. April 2011  
Redaktion: Katja Richardt

## Bund

882. Sitzung des Bundesrates..... 3

## Inneres

Universität Hamburg entwickelt neue Software für Feuerwehr und Polizei in Hamburg ..... 6

Innenbehörde schiebt Straftäter weiterhin konsequent ab ..... 9

## Wirtschaft und Hafen

Nach Vorfällen in japanischen Kernkraftwerken: Expertenkommission ist sich einig:  
Keine Gefahr für den Hamburger Hafen ..... 10

## Umwelt und Energie

Umwelthauptstadt bringt Zug der Ideen auf die Schiene..... 12

Atomausstieg: Hamburg unterstützt Gesetzentwurf im Bundesrat ..... 14

## Soziales, Arbeit und Familie

Neues Konzept für Arbeitsgelegenheiten..... 15

„Volksinitiative Kita-HH“ zustande gekommen ..... 16

Projekt für Obdachlose gesichert..... 17

## Wissenschaft und Forschung

Präsidenten-Amt an der TU Hamburg-Harburg übergeben..... 18

Internationaler Preis für Hamburger Forscher-Ehepaar ..... 20

## Kultur

Harburger Schlossinsel und Binnenhafen..... 22

Projektförderung für Privattheater entschieden..... 23

Dokumentarfilmpreis Hamburg an den Film "Salaam Isfahan\" ..... 24

## Metropolregion

100. Treffen der niedersächsischen Landräte mit Hamburger Spitzenvertretern..... 25

## Zur Information

Terminkalender .....	27
----------------------	----

Datum 14.4.2011/br14

## An der 882. Sitzung des Bundesrates nehmen Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil

Die Tagesordnung umfasst 62 Punkte

### **Abschalten: Hamburg unterstützt Gesetzentwurf zum Atomausstieg im Bundesrat**

Hamburg bringt zusammen mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat ein, mit der die umgehende Abschaltung der sieben älteren Atomkraftwerke sowie der Anlage Krümmel gesetzlich geregelt werden soll. Für die übrigen Kraftwerke sollen die im Herbst 2010 von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Laufzeitverlängerungen wieder zurückgenommen und die Sicherheitsanforderungen erhöht werden. Hamburg ist der Auffassung, dass mit den Erfahrungen aus dem Reaktorunglück in Japan eine Neubewertung der Risiken vorgenommen werden muss. Das Moratorium der Bundesregierung geht nicht weit genug. Die Abschaltung der älteren Reaktoren muss dauerhaft erfolgen und nicht lediglich für drei Monate und sie braucht eine gesetzliche Grundlage.

### **Umschalten: Die Energiewende mit mehr Offshore-Wind einläuten**

Hamburg unterstützt eine Bremer Bundesratsinitiative zum verstärkten Ausbau der Offshore-Windenergie. Das Potential der Energiegewinnung auf dem Meer ist trotz jahrelanger Planung noch immer weitgehend unerschlossen. Um eine beschleunigte Energiewende einzuläuten, sind ein zügiger Ausbau der Netze und die Schaffung langfristig verlässlicher Rahmenbedingungen notwendig. Die Initiative fordert, die finanzielle Beteiligung der Netzbetreiber, eine Anpassung der Vergütungsstrukturen und die schnellstmögliche Umsetzung eines fünf Milliarden Euro umfassenden Förderprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

### **Kinderlärm ist kein schädlicher Lärm**

Hamburg stimmt einem längst überfälligen Gesetzentwurf der Bundesregierung zu, nach dem der von Tagesstätten und Spielplätzen oder ähnlichen Einrichtungen ausgehenden Kinderlärm nicht mehr als „schädliche Umwelteinwirkung“ gilt. Die Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes war notwendig geworden, da in jüngerer Zeit wegen des Lärms von Kindertageseinrichtungen und Spielplätzen verschiedene Klagen geführt wurden, die in der öffentlichen Diskussion die Frage nach einer kinderfreundlichen Gesellschaft aufgeworfen haben. Zukünftig soll Kinderlärm möglichst keinen

Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen mehr geben. Die Gesetzesänderung ist ein erster Schritt. Mit der neuen Regelung wird die Erwartung verbunden, dass bei Rechtstreitigkeiten Kinderlärm nicht mehr als wesentliche Beeinträchtigung von benachbarten Grundstücken angesehen wird. Im Hinblick auf das Bauplanungsrecht kann sich auf Grund der Änderung auch eine Auswirkung auf die Anwendung des allgemeinen Rücksicht-nahmegebots ergeben, so dass mit einer Bauplanungsrechtsnovelle, die noch in diesem Jahr eingeleitet werden soll, insbesondere der Bau von Kindertageseinrichtungen auch in reinen Wohngebieten erleichtert wird.

### **Hamburg setzt sich gegen den Missbrauch von Leiharbeit ein**

Der Bundesrat entscheidet über Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, das die Bedingungen der Leiharbeit regelt. Durch die sog. Drehtürklausel soll verhindert werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen oder nicht weiter beschäftigt werden und anschließend unmittelbar oder nach kurzer Zeit als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu schlechteren Arbeitsbedingungen als die Arbeitnehmer des Entleihers wieder in ihrem ehemaligen Unternehmen oder einem anderen Unternehmen desselben Konzerns eingesetzt werden. Hamburg unterstützt die Änderungen, um diesen offenkundigen Missbrauchs von Leiharbeit zu verhindern, und fordert mit anderen SPD-geführten Ländern die Bundesregierung auf, stärkere Regulierungen im Bereich der Leiharbeit vorzunehmen. Die Bekämpfung von Missbrauch in dieser Branche ist ein wesentlicher Baustein, um Armutslöhne und prekäre Beschäftigung zurückdrängen und unbefristete, sozial abgesicherte und ordentlich bezahlte Normalarbeitsverhältnis zu stärken.

### **Hamburg fordert weitere Verbesserungen beim Schutz vor Zwangsheirat**

Der Bundesrat berät über ein Gesetz, mit dem Betroffene besser vor Zwangsheirat geschützt werden sollen. Aus Hamburger Sicht ist eine Passage des Gesetzes kritisch: Das Gesetz sieht vor, die Zeit, die eine Ehe bestand haben muss, bevor der nachgezogene Ehepartner ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommt, von bisher zwei auf drei Jahre zu erhöhen. Diese Regelung soll nach dem Willen der Bundesregierung Scheinehen bekämpfen und wird nicht im Zusammenhang mit Zwangsheirat gesehen. Gleichwohl führt die Änderung aber dazu, dass insbesondere Migrantinnen in Gewaltbeziehungen verbleiben müssen. Zudem werden Opfer von Zwangsheirat gezwungen, in einer oftmals von massiver häuslicher Gewalt belasteten Ehe weiter auszuharren, um nicht ihr Aufenthaltsrecht zu verlieren. Dies läuft dem Zweck des Gesetzes - Opfer von Zwangsheirat besser zu schützen - zuwider.

Hamburg unterstützt daher die Forderung einiger Länder, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ziel muss es sein, generell vom Vorliegen der Mindestbestandszeit der Ehe abzusehen, wenn ein Ehegatte Opfer häuslicher Gewalt ist.

## **Forderung nach Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Kindschafts- und Einkommenssteuerrecht**

Hamburg unterstützt Forderung an die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs, mit dem die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Kindschafts- und Einkommensteuerrecht realisiert werden soll. Insbesondere die noch bestehenden Unterschiede im Adoptionsrecht zwischen Ehepartnern und eingetragenen Lebenspartnern und beim Ehegattensplitting sollen dadurch beseitigt werden.

## **Aussetzung der Wehrpflicht und Einführung des Bundesfreiwilligendienstes**

Mit dem Wehrrechtsänderungsgesetz wird die Aussetzung der Pflicht zur Ableistung des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes umgesetzt. Hamburg fordert gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, die Bundesregierung auf, ein Konzept zur Nachwuchsgewinnung vorzulegen, einschließlich eines Finanzierungsvorschlags. Zur Steigerung der Attraktivität des Wehrdienstes sollen Regelungen geschaffen werden, wie die Einführung von Bonusvereinbarungen beim Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen (Wartezeiten) oder die Einführung von BAföG-Vergünstigungen bis hin zum Darlehensersatz bzw. die Anrechnung des freiwilligen Dienstes als Pflichtpraktikum und als erworbene Zusatzqualifikation für künftige Ausbildungen im gleichen Tätigkeitsbereich.

Mit dem Gesetz zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes will die Bundesregierung die Folgen der Aussetzung des Wehrdienstes und damit des Zivildienstes abfedern und bis zu 35.000 Plätze im sog. Bundesfreiwilligendienst schaffen. Ergänzend und ebenfalls im Umfang von 35.000 Plätzen, soll die Förderung der unter die Länderhoheit fallenden Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FOJ) verstärkt gefördert werden. Hamburg wird gemeinsam mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Rheinland-Pfalz einen Antrag stellen, der eine Reihe von Änderungen und Ergänzungen des nicht zustimmungspflichtigen Gesetzesentwurfs anregt. Angesprochen werden u.a. die konsequente Gewährleistung der Arbeitsmarktneutralität, Bonusregelungen zur Steigerung der Attraktivität des Freiwilligendienstes, die fehlende Kindergeldberechtigung und eine drohende Unübersichtlichkeit der Förderstrukturen zulasten der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Die Qualität des Gesetzesentwurfs ließe sich außerdem erheblich steigern, wenn – wie in dem Antrag gefordert – die Frist für den Übergang zwischen Zivil- und Freiwilligendiensten verlängert werden würde.

**Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer**

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund**

**Tel. 0 30 – 2 06 46-109**

**[www.hamburg.de/landesvertretung](http://www.hamburg.de/landesvertretung)**

13. April 2011/bis13

## **Universität Hamburg entwickelt neue Software für Feuerwehr und Polizei in Hamburg**

### **Experiment zur Überprüfung findet am Sonnabendmorgen am Hafen statt**

Am frühen Morgen des kommenden Sonnabend (16. April) werden die Behörde für Inneres und Sport und die Universität Hamburg im Hafen eine neue Software testen, mit der Feuerwehr und Polizei in Fällen der Freisetzung giftiger Gase künftig deutlich schneller und präziser die Ausbreitung einer Schadstoffwolke in der Stadt vorhersagen und die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Bekämpfung der Gefahr koordinieren können.

Seit einem Jahr wird am Großrechner des Forschungslabors der amerikanischen Marine und im Windkanal des Geomatikums der Universität Hamburg an dem Computerprogramm CT-Analyst gearbeitet, dessen Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit am kommenden Sonnabend mit einem praktischen Versuch getestet wird. Ein weiterer Feldversuch wird in wenigen Wochen folgen.

Am Sonnabendmorgen (ca. 6 Uhr) wird die Feuerwehr Hamburg dazu von Bord eines Löschbootes in der Nähe der Elbphilharmonie auf der Elbe ein ungiftiges Messgas freisetzen. Die Freisetzung wird von der Polizei und der Feuerwehr gesichert, um den Hafenverkehr möglichst wenig zu beeinträchtigen. Experten der Hamburger Feuerwehr, der Technischen Universität Hamburg-Harburg und des Forschungszentrums Jülich messen in den folgenden Stunden (ca. 6 Uhr bis 8 Uhr) die Ausbreitung des Messgases im Stadtgebiet. Prof. Bernd Leitl und Prof. Michael Schatzmann vom KlimaCampus der Universität Hamburg werden die praktischen Ergebnisse danach mit den Vorhersagen des neuen Computerprogramms abgleichen und damit dessen Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit prüfen.

Das Medienzentrum der Polizei Hamburg dreht einen Dokumentarfilm, der künftig bei der Ausbildung von Experten der Sicherheitsbehörden verwendet wird. Im Anschluss an die Freisetzung des nicht sichtbaren Messgases wird daher für die Filmaufnahmen ein gut sichtbarer, ebenfalls ungiftiger Nebel freigesetzt, um die Ausbreitung einer Wolke zu zeigen.

**Peer Rechenbach, Abteilungsleiter Katastrophen-, Brand- und Bevölkerungsschutz in der Behörde für Inneres und Sport:** „Die Software CT-Analyst ist eine technische Neuerung mit großem Potenzial, kurz, ein enormer Gewinn für die Bekämpfung von Schadstoffunfällen und damit für Hamburg. Deshalb sind wir Herrn Prof. Schatzmann von der Universität sehr dankbar für die Idee, das von den amerikanischen Kollegen entwickelte Programm für Hamburg zu erschließen, und wir danken dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie der Hamburgischen Bürgerschaft für die Finanzierung des Projekts.“

**Prof. Michael Schatzmann, KlimaCampus, Universität Hamburg:**

„Computerprogramme zur Berechnung von Schadstoffwolken waren bisher wegen langer Rechenzeiten für den praktischen Einsatz nur eingeschränkt tauglich. CT-Analyst hingegen greift auf eine existierende Datenbank zu und ist damit sehr schnell und extrem zuverlässig. Als Universität haben wir seit Projektbeginn eng mit der Behörde für Inneres und Sport sowie dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz zusammengearbeitet. Wir freuen uns, dass wir jetzt den Schritt in die Praxis machen können und drei Jahre Arbeit Früchte tragen. Mit diesem Projekt werden wir bei der Verbesserung des Bevölkerungsschutzes einen großen Schritt nach vorn machen.“

#### **Ergänzende Informationen:**

Beteiligte Institutionen:

- Universität Hamburg, KlimaCampus
- Behörde für Inneres und Sport mit Feuerwehr Hamburg und Polizei Hamburg
- Forschungszentrum Jülich
- Technische Universität Hamburg-Harburg

Lage des Löschbootes: Elbe, voraussichtlich im Bereich Elbphilharmonie

Voraussichtliche Gesamtdauer des Versuchs: ca. 4 Uhr bis 8 Uhr

Dauer der Freisetzung von Messgas und Nebel: mehrmals 15 bis 45 Minuten im Zeitraum zwischen 6 Uhr und 8 Uhr

Zeitraum der Messungen im Stadtgebiet: 6 Uhr bis 8:30 Uhr

Das verwendete Messgas, Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>), ist ein bewährtes, in der Freisetzung vielfach erprobtes, ungiftiges Messgas. Es ist in den zu erwartenden Konzentrationen gesundheitlich

unbedenklich/ungefährlich, zugleich chemisch nicht reaktiv und mit verschiedenen Nachweisverfahren zuverlässig detektierbar.

SF6 ist

- farb- und geruchlos, chemisch neutral, träge und nicht entzündlich
- nicht ökotoxisch, nicht ozonschädigend, aber klimaschädlich
- mit Ausnahme höchster Konzentrationen, die im Feldversuch nicht erreicht werden, medizinisch unbedenklich für Mensch und Tier.

Das für die Filmaufnahmen verwendete Universal-Nebelpulver ist gefahrlos auch in Innenräumen einsetzbar. Es ist reizarm, umweltverträglich und besteht ausschließlich aus ungiftigen, teilweise pflanzlichen Rohstoffen.

#### **Für Rückfragen:**

Ralf Kunz, Pressesprecher  
Behörde für Inneres und Sport  
Tel. 040 / 42839-2678  
[pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de),  
[www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

Prof. Michael Schatzmann  
KlimaCampus  
Universität Hamburg  
Tel.040/42838 5090  
[michael.schatzmann@zmaw.de](mailto:michael.schatzmann@zmaw.de)

Ute Kreis  
KlimaCampus  
Universität Hamburg  
Tel. 040/42838-4523  
[ute.kreis@zmaw.de](mailto:ute.kreis@zmaw.de)



15. April 2011/bis15

## **16 Straftäter aus der Haft abgeschoben Innenbehörde schiebt Straftäter weiterhin konsequent ab**

In den vergangenen drei Monaten haben die Behörden 16 Männer aus der Strafhaft heraus in ihre Heimatländer zurückgeführt. Es wurden fünf Straftäter nach Serbien abgeschoben. Zwei Täter wurden nach Polen und zwei weitere Täter nach Litauen zurückgeführt. Weitere Abschiebungen erfolgten nach Tunesien, Sierra Leone, Ghana, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

Die Straftäter hätten insgesamt 107 Jahre und zehn Monate Freiheitsstrafe verbüßen müssen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Verurteilung von gut sechseinhalb Jahren Haft. Die abgeurteilten Straftaten reichen von Urkundenfälschung über gefährlicher räuberischer Erpressung bis hin zu versuchtem Mord.

Ein tunesischer Staatsangehöriger wurde abgeschoben, da er wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu zehn Jahren Haft verurteilt worden war.

Ein Serbe hätte wegen acht Haftstrafen mit einer Gesamthaftdauer von elf Jahren und zwei Monaten einsitzen müssen, u. a. wegen versuchten Totschlags und schwerer räuberischer Erpressung.

Ein weiterer Serbe erhielt elf Haftstrafen mit einer Gesamthaftzeit von 14 Jahren und 4 Monaten, u.a. wegen Totschlags. Ein Staatsbürger Bosnien-Herzegowinas wurde u.a. zu elf Jahren Haft wegen schweren Raubes und acht Jahren wegen Totschlags verurteilt. Ein Mazedonier erhielt u.a. eine Haftstrafe von sieben Jahren und acht Monaten wegen schweren Raubes und versuchten besonders schweren Raubes. Ein Staatsangehöriger Sierra Leones musste das Bundesgebiet verlassen, da er zu sechs Jahren Haft wegen Drogenhandels in sieben Fällen verurteilt worden war.

Die meisten Verurteilungen erfolgten wegen verschiedener Eigentumsdelikte.

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Frank Reschreiter und Ralf Kunz, Tel. 0 40 - 4 28 39 - 26 73 und -26 78,  
E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)  
sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt  
Christian Martens, Tel. 040 – 42839 - 21 21  
E-Mail: [pressestelle@eza.hamburg.de](mailto:pressestelle@eza.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/eza](http://www.hamburg.de/eza)

12.April 2011/bis12

## **Nach Vorfällen in japanischen Kernkraftwerken: Expertenkommission ist sich einig: Keine Gefahr für den Hamburger Hafen**

### **Hamburgs Innensenator Michael Neumann stellte Handlungsleitfaden vor**

Bereits kurz nach den Ereignissen im japanischen Atomkraftwerk Fukushima hat sich in der Behörde für Inneres und Sport eine Expertenkommission gebildet, die sich seitdem mehrmals getroffen hat. Hamburgs Innensenator Michael Neumann stellte am Dienstag den von der Expertenkommission erarbeiteten Handlungsleitfaden für den Hamburger Hafen vor.

**Innensenator Michael Neumann:** „Es war mir wichtig, dass alle Facetten möglicher Auswirkungen und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen frühzeitig und unter Beteiligung aller betroffenen Stellen, beispielsweise auch zusammen mit dem japanischen Konsulat, diskutiert werden und ein Handlungsleitfaden erarbeitet wird. Dies ist der eingesetzten Expertengruppe gut gelungen.“

Der Expertengruppe in der Behörde für Inneres und Sport gehören Vertreter folgender Behörden und Institutionen an: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Hamburg Port Authority, TÜV-Nord, Deutscher Wetterdienst, Zoll, Handelskammer, Bundespolizei, Unternehmensverband Hafen Hamburg, HHLA, Verbände Deutscher Reeder, Vereinigung Hamburger Schiffsmakler und Schiffsagenten e.V., Telefonischer HamburgService, Feuerwehr und Polizei.

Die Kommission ist sich einig, dass die Gefahr, in Japan kontaminierte Schiffe oder Ware könnten den Hamburger Hafen erreichen, als sehr gering einzustufen ist. Der Hamburger Hafen wird nicht direkt aus Japan angelaufen. Zuvor laufen die Schiffe mindestens sechs andere Häfen an, die ebenfalls einen hohen Sicherheitsstandard haben. Die Behörden haben einen Handlungsleitfaden für den äußerst seltenen Fall erstellt, falls Reeder kurzfristig von der Route abweichen und ausnahmsweise ein Schiff Hamburg direkt anläuft oder in anderen europäischen Häfen keine Maßnahmen getroffen wurden.

Der Leitfaden sieht folgendes vor:

Die aus Sicherheitsgründen ohnehin bestehenden Meldeverpflichtungen werden ausgeweitet. Zu den bereits bestehenden verpflichtenden Vorausangaben wird für Schiffe, die aus Tokio oder Yokohama kommen oder die das Seegebiet um Fukushima durchfahren haben, der Fragenkatalog erweitert. Mindestens 24 Stunden vor dem Einlaufen in einen deutschen Hafen, wird im so genannten Point of Contact, beispielsweise erhoben, in welchen japanischen Häfen das Schiff festgemacht hatte, ob es dort Seewasser aufgenommen hat, welche Häfen zuvor auf der Rückfahrt angelaufen und ob bzw. wo bereits Messungen und Maßnahmen durchgeführt wurden.

Die Angaben werden durch den Point of Contact gesichtet und die relevanten Schiffe an die Wasserschutzpolizei-Leitstelle in Cuxhaven gemeldet. Diese Meldung wird dann, sofern Hamburg der Bestimmungshafen ist, an den Führungs- und Lagedienst der Hamburger Polizei als Meldekopf aller Hamburger Behörden weitergeleitet. Sollte das Schiff keine Untersuchungsergebnisse aus den vorher angelaufenen Häfen vorlegen können, die seine Strahlungsfreiheit belegen, würden von dort die betroffenen Stellen informiert werden. Polizeibeamte der Hamburger Wasserschutzpolizei, die ausgebildet sind, Kontaminationen festzustellen, würden dann in Amtshilfe die betreffenden Schiffe überprüfen. Zusammen mit dem Lotsen könnten die Polizeibeamten in Brunsbüttel an Bord gehen und ihre Messungen bis Hamburg beendet haben.

Sollte bei den Messungen ein Prüfwert von 0,2 Mikrosievert/h überschritten werden, erfolgt eine Information an die Terminalbetreiber und den Reeder, um über weitere Maßnahmen zu entscheiden. Diese könnten an der vorgesehenen Anlegestelle oder den „Finkenwerder Pfählen“ durchgeführt werden. Sollte eine vertiefende Messung den Wert bestätigen, würden zum Schutz der Besatzung und im Hinblick auf die Behandlung des Schiffes durch die Gesundheitsbehörde weitere Empfehlungen, wie z.B. Reinigungsmaßnahmen durch Fachfirmen gegeben werden.

Eine Überprüfung der eingeführten Waren findet durch den Zoll statt. Schon vor den Ereignissen in Japan hat der Zoll Waren regelmäßig auf Strahlung untersucht. Diese schon lange stattfindenden Überprüfungen sind eng mit den bestehenden Sicherungsmaßnahmen verknüpft, die ihren Ursprung in den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA haben. Aus Japan eingeführte Lebens- und Futtermittel, die mengenmäßig sehr gering sind, werden durch die Gesundheitsbehörde nach den Vorgaben der geltenden EU-Verordnungen überprüft.

Rückfragen:

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Ralf Kunz & Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678/2673,

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

15.04.2011/bsu15

## **Umwelthauptstadt bringt Zug der Ideen auf die Schiene Interaktive Ausstellung „Visions for future cities“ in Altona eröffnet - Europareise startet am 21. April**

Die Umwelthauptstadt Europas 2011 hat heute ihren internationalen Botschafter auf die Schiene gebracht. Um kurz nach 11 Uhr fuhr der Zug der Ideen auf Gleis 12 im Bahnhof Hamburg-Altona ein. Um 14 Uhr öffnete die Ausstellung „Visions for future cities“ für Besucher. Die interaktive Schau ist täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei. Bis zum 21. April steht der Zug in Hamburg. Dann bricht er auf zu einer Europa-Reise durch 17 weitere europäische Metropolen, darunter Amsterdam, Paris und Zürich.

### **Eröffnung mit prominenten Gästen**

Sechs Ausstellungscontainer präsentieren mehr als 100 Projekte aus der Hansestadt und anderen europäischen Städten. „Faszinierend finde ich, dass alle Ausstellungsbesucher ihre Visionen für die Stadt der Zukunft mitgeben können. Der Austausch mit anderen Städten wird wertvolle Ideen liefern. So können wir alle voneinander lernen und uns gegenseitig inspirieren. Ich wünsche dem Zug der Ideen viele Besucher, die begeistert mitmachen und selbst aktiv werden.“ sagt Dorothee Stapelfeldt, Hamburgs Zweite Bürgermeisterin, bei der Einweihung der interaktiven Schau auf Schienen. Auch internationale Gäste wie der EU-Umweltkommissar Janez Potocnik und der dänische Generalkonsul Claus Hermansen waren dabei, als Dorothee Stapelfeldt die Ausstellung gemeinsam mit dem Hamburger Schauspieler und Zugpaten Peter Lohmeyer eröffnete. „Es ist wichtig, dass wir in Hamburg auch weiterhin umweltbewusst über den Tellerrand hinaus blicken und so zum Vorbild für andere Städte werden. Jeder Erfolg in dieser Hinsicht ist ein Ansporn, noch einen Schritt weiter zu gehen“, so Lohmeyer. Neben Umweltsenatorin Jutta Blankau war auch Wolfgang Curilla vor Ort, Hamburgs erster Umweltressortchef Wolfgang Curilla überhaupt.

### **Innovative Impulse für den internationalen Austausch**

Der rollende Botschafter ist Sinnbild des europäischen Gedankens, der hinter dem Umwelthauptstadt-Titel steht. Die EU hat den Wettbewerb ins Leben gerufen, um Vorbilder zu schaffen und Städte zu einem bewussten Umgang mit Umwelt und Klima zu motivieren. Mit dem Zug der Ideen trägt Hamburg als Umwelthauptstadt 2011 seine Botschaften nach Europa und setzt Impulse für den internationalen Austausch. Dazu gehört auch, eine kommunikative Brücke für nachhaltige Technologien und Projekte aus ganz Europa zu schlagen. Der Zug zeigt den Menschen in den Tourorten, was in ihrer Stadt bereits getan wird und wie sie sich von Ideen anderer Metropolen inspirieren lassen können.

### **Vorzeigeprojekte aus Europas Metropolen**

Ein Highlight ist die virtuelle Tour zu Hamburger Vorzeigeprojekten, wie der HafenCity und dem Energieberg Georgswerder. Neben interaktiven Exponaten zur Umwelthauptstadt 2011, zum Umwelt- und Naturschutz sowie zum Klimawandel macht die Ausstellung auch die grünen Seiten anderer Metropolen erlebbar. Best-Practice-Beispiele sind etwa Kopenhagens Vorzeigequartier Nordhavnen und der vorbildliche Radverkehr der dänischen Hauptstadt. Nantes, die Umwelthauptstadt 2013, präsentiert im Zug ein Projekt, bei dem Bürgerinnen und Bürger die Klima-Strategie der Stadt maßgeblich mitbestimmen.

### **Ideen umweltfreundlich transportieren**

Damit beim Zug der Ideen auch die Logistik nachhaltig ist, ermöglichen die Premiumsponsoren einen energieeffizienten Transport. Siemens stellt beispielsweise eine der modernsten Lokomotiven bereit. Der Europrinter speist Bremsenergie zurück ins Netz und kann unter allen europäischen Stromsystemen betrieben werden. „Jeder kann helfen, unsere Städte lebenswerter zu gestalten. Auch

wir wollen einen Beitrag leisten – nicht nur mit moderner Technik für die rollende Ausstellung. Auch mit unserem umfangreichen Portfolio in den Bereichen Gebäudetechnik, Beleuchtung und regenerative Energien bringen wir uns aktiv in die nachhaltige Stadtentwicklung ein“, sagt Michael Westhagemann, Leiter Siemens Region Nord.

Die Deutsche Bahn (DB) unterstützt den Zug der Ideen als offizieller Logistik- und Mobilitätspartner der Umwelthauptstadt. In Deutschland erfolgt der Transport der Ausstellung mit der DB CO<sub>2</sub>-neutral. „Der Zug der Ideen ist ein Botschafter für den Klimaschutz, genau wie die Deutsche Bahn. Denn wir verbinden Menschen in der Stadt und auf dem Land umweltfreundlich und arbeiten an Mobilitätskonzepten für die Zukunft“, so Ulrich Homburg, Vorstand Personenverkehr der Deutschen Bahn.

#### **Zahlen:**

##### **Ausstellung:**

- 65 Exponate, davon 45 interaktiv
- zusätzlich 23 Touchscreens, auf denen mehr als 100 Projekte gezeigt werden
  - Öffnungszeiten: 10 bis 19 Uhr
    - Eintritt frei
  - Führungen bis zu 12 Personen

##### **Lokomotive:**

- 'Europrinter ES64-U4' von Siemens (Viersystem-Lokomotive)
  - Eigengewicht: 87 Tonnen
  - Maximalleistung: 6.400 Kilowatt (entspricht rund 8.700 PS)
- drei Viertel weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Vergleich zum Lkw-Transport (22 Gramm pro Tonne und Kilometer statt 93)

**Hintergründe und aktuelle Berichte:** [www.train-of-ideas.net](http://www.train-of-ideas.net)

**Weitere Infos und Fotos zum Download:** [www.umwelthauptstadt.hamburg.de](http://www.umwelthauptstadt.hamburg.de)

**Die Umwelthauptstadt auf Facebook:** [www.facebook.com/Hauptstadt.Hamburg](http://www.facebook.com/Hauptstadt.Hamburg)

**Kontakt:** Pressestelle Behörde f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, T: (040)42840-3249, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de), [www.hamburg.de/bsu](http://www.hamburg.de/bsu)

15. April 2011/jb15

## Atomausstieg: Hamburg unterstützt Gesetzentwurf im Bundesrat

Hamburg unterstützt den Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes und zu einer beschleunigten Stilllegung von Atomkraftwerken. Zusammen mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz hat Hamburg heute eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat eingebracht, um die schnelle Abschaltung der sieben älteren Atomkraftwerke sowie der Anlage Krümmel gesetzlich zu regeln. Für die übrigen Kraftwerke sollen die Laufzeitverlängerungen zurückgenommen und die Sicherheitsanforderungen erhöht werden, welche die schwarz-gelbe Bundesregierung im Herbst 2010 beschlossen hat.

„Die älteren Reaktoren müssen konsequent dauerhaft abgeschaltet werden und nicht lediglich für drei Monate. Dafür brauchen wir eine gesetzliche Grundlage“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

„Hamburg beteiligt sich mit Recht engagiert an der politischen Debatte um den Ausstieg aus der Atomkraft. Denn mit den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel liegen zwei der älteren Kraftwerke Deutschlands in unmittelbarer Nähe zur Stadt. Eines wird immer klarer: Das Zeitalter der Atomkraft ist vorbei“, sagte **Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz**.

Die sieben ältesten Anlagen, darunter die Anlage in Brunsbüttel, sind nicht ausreichend z.B. gegen Flugzeugabstürze geschützt. Die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel liegen in Hamburgs direkter Nachbarschaft und gehören zu den störanfälligsten Reaktoren Deutschlands.

### Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

11. April 2011/basfi11

## Neues Konzept für Arbeitsgelegenheiten

### **Berichte über Streichung Tausender Stellen sind nicht korrekt - Entscheidungen sind noch keine gefallen**

Mit Unverständnis hat Sozial- und Arbeitssenator Detlef Scheele auf die Vorwürfe der Träger von Arbeitsgelegenheiten reagiert, der Senat streiche Tausende so genannter Ein-Euro-Jobs, ohne eine Alternative für die betroffenen Arbeitslosen zu haben. „Eine Entscheidung dazu ist noch nicht gefallen. Und diese wird nicht der Senat – und schon gar nicht ein Senator allein – treffen, sondern die Trägerversammlung von team.arbeit.hamburg, in der neben der Stadt vor allem die Bundesagentur für Arbeit das Sagen hat“, stellt Senator Scheele klar.

„Richtig ist: Im kommenden Jahr steht team.arbeit.hamburg erneut weniger Geld vom Bund zur Förderung Langzeitarbeitsloser zur Verfügung“, so **Scheele** weiter. „Dadurch wird es zu Einschränkungen kommen, die Hamburg nicht kompensieren kann und nicht zu verantworten hat. Das Geld, das dann noch zur Verfügung steht, muss im Sinne der langzeitarbeitslosen Menschen bestmöglich eingesetzt werden. Es gibt ja deutlich mehr Angebote für Langzeitarbeitslose als die Arbeitsgelegenheiten. An einem Konzept, wie es mit den Arbeitsgelegenheiten weitergeht, arbeiten wir momentan. Wir wollen uns bei der Neukonzeption vom angesehenen Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beraten lassen. Ob das am Ende bedeutet, dass es 2012 mehr Plätze gibt, als bislang geplant war, oder ob es weniger als 4000 werden, weil das Geld besser eingesetzt werden kann, prüfen die Beteiligten. Dabei lassen wir uns leiten von den Zukunftschancen der Langzeitarbeitslosen.“

#### **Für Rückfragen der Medien:**

**Julia Seifert**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

T: (040) 428 63 - 2889

E-Mail: [julia.seifert@bsg.hamburg.de](mailto:julia.seifert@bsg.hamburg.de)



12. April 2011/bis12a

## „Volksinitiative Kita-HH“ zustande gekommen

Der Senat hat heute das Zustandekommen der „Volksinitiative Kita-HH“ festgestellt.

Am 18. März hatten die Initiatoren 12.700 Unterstützungsunterschriften eingereicht. Die Prüfung hat ergeben, dass die notwendige Anzahl von 10.000 gültigen Unterschriften erreicht worden ist. Damit ist die Volksinitiative zustande gekommen.

Gegenstand der Initiative ist kein Gesetzentwurf, sondern eine andere Vorlage im Sinne des Volksabstimmungsrechts mit folgenden Zielen:

- „Kostenlose sechsstündige Betreuung in Kindertageseinrichtungen für alle Kinder ab zwei Jahren“,
- „Rücknahme der Gebührenerhöhung für die Anschlussbetreuung“,
- „Intensivere Förderung durch Verbesserung der Personalausstattung“,
- „Keine Pauschalbeiträge wie das Essengeld“.

Die Bürgerschaft hat jetzt bis zum 18. September Zeit, das Anliegen der Volksinitiative zu übernehmen. Stimmt die Bürgerschaft der Vorlage der Volksinitiative nicht zu, können die Initiatoren bis zum 18. Oktober beim Senat einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens stellen.

### Rückfragen:

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Frank Reschreiter und Ralf Kunz, Tel. 040 – 42839-2673 u. -2678,

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)



12. April 2011/bsg12

## Projekt für Obdachlose gesichert

### Sozialbehörde übernimmt ab Mai die Kosten für den Einsatz des polnischen Straßensozialarbeiters aus dem Barka-Projekt

Seit dem 1. November arbeitet in Hamburg ein polnischer Straßensozialarbeiter, der osteuropäische Obdachlose berät, die in Deutschland keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Der Sozialarbeiter, der zur polnischen Hilfsorganisation „Barka“ gehört, hilft den Betroffenen in ihre Heimatländer zurückzukehren und dort ein geordnetes Leben zu beginnen. Bis Ende April wird das Projekt vom Spendenparlament, der Stadtmission sowie Hinz & Kunzt finanziert. Im Mai wäre die Förderung ausgelaufen. Sozialsenator Detlef Scheele hat nun entschieden, dass seine Behörde die Kosten für den weiteren Einsatz des Sozialarbeiters tragen wird. Damit ist die Arbeit im Projekt für ein Jahr gesichert.

„Das Konzept und die Erfolgszahlen haben mich sofort überzeugt“, so **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Das Projekt durfte nicht einfach sterben. Deshalb wird die Stadt ab Mai die Kosten übernehmen.“

Bisher ist es dem Straßensozialarbeiter gelungen, 45 Obdachlosen die Rückkehr in ihre jeweiligen Heimatländer zu ermöglichen und dort entweder in ihrer Familie wieder aufgenommen zu werden, oder einen Platz in sozialen Projekten zu finden. 39 dieser Obdachlosen sind nach Polen zurückgekehrt, jeweils zwei Obdachlose nach Litauen, Rumänien und in die Slowakei. Bis Ende April werden mehr als 50 Personen in ihre jeweiligen Heimatländer zurückkehren.

Die Zahl osteuropäischer obdachloser Menschen ist in Hamburg in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dies belegen schon die Zahlen aus der Obdachlosenbefragung im Jahr 2009 und noch deutlicher die Erfahrungen aus dem diesjährigen Winternotprogramm.

Der Straßensozialarbeiter sucht in enger Kooperation mit den Einrichtungen der Obdachlosenhilfe polnische und osteuropäische Obdachlose auf der Straße auf, berät und informiert sie und bereitet gegebenenfalls die Rückkehr in die Herkunftsländer vor. Polnische Obdachlose können beispielsweise in die Projekte von „Barka“ vermittelt werden. Dort werden die Betroffenen schrittweise aufgebaut und wieder in Gesellschaft und Arbeitsleben integriert. Das Straßensozialarbeiter-Projekt läuft außer in Hamburg auch in London und Kopenhagen sehr erfolgreich.

#### Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsq.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsq.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

13. April 2011/bwf13

## **Präsidenten-Amt an der TU Hamburg-Harburg übergeben Wissenschaftssenatorin Dr. Stapelfeldt dankt Prof. Edwin Kreuzer für großes Engagement und wünscht Prof. Garabed Antranikian viel Erfolg**

Im Rahmen eines Festaktes hat Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt heute offiziell das Amt des Präsidenten der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) von Prof. Dr.-Ing. habil. Edwin Kreuzer an Prof. Dr. rer. nat. Dr. h.c. Garabed Antranikian übergeben. Rund 500 Hochschulangehörige, Freunde, Förderer und Kooperationspartner der TUHH sowie zahlreiche Gäste aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nahmen an der Feierstunde im vollbesetzten Audimax II teil.

Senatorin Dr. Stapelfeldt dankte Prof. Kreuzer für seine Verdienste um die Hochschule und seine engagierte Arbeit in den vergangenen sechs Jahren. Sowohl im Bereich der Lehre als auch in der Forschung sei die TU Hamburg-Harburg gut positioniert. Der Abschluss der Struktur- und Entwicklungsplanung im Jahr 2007 sowie die Einrichtung neuer Forschungsprioritäten, darunter so zukunftssträchtige Themenfelder wie „Maritime Systeme“, „Klimaschonende Energie- und Umwelttechnik“ oder auch „Integrierte Biotechnologie und Prozesstechnik“, seien wichtige Meilensteine in der Amtszeit Kreuzers gewesen.

„Die Tatsache, dass sechs der neuen Forschungsschwerpunkte bereits positiv evaluiert und zur Weiterführung empfohlen sind und die TU Hamburg-Harburg zwei grundlagenorientierte Forschungsanträge bei der Landesexzellenzinitiative erfolgreich platzieren konnte, sind ein eindeutiges Signal, dass an der Hochschule in den vergangenen Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt wurden“, sagte **Wissenschaftssenatorin Dr. Stapelfeldt**.

Die Kooperation der TU Hamburg-Harburg mit der Fraunhofer-Gesellschaft hob die Senatorin besonders hervor. Diese habe jüngst als konkreten Erfolg die Eröffnung des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistung (CML) an der TU hervorgebracht. Prof. Kreuzer habe entscheidend dazu beigetragen, dass die größte europäische Organisation für anwendungsorientierte Forschung nun auch in Hamburg vertreten sei.

Neben seinem Präsidentenamt war Edwin Kreuzer von 2006 bis 2011 auch Präsident der Landeshochschulrektorenkonferenz (LHK) Hamburg. In dieser Funktion habe er sich ebenfalls maßgeblich für die Bildung von Forschungsverbänden in der Grundlagenforschung engagiert. Der Schulterschluss von Wissenschaft und Wirtschaft mit der Erstellung eines gemeinsam mit der Handelskammer entwickelten Memorandums sei ein wichtiger Schritt, den Kreuzer als LHK-Präsident intensiv mitgeprägt habe.

**Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** „Prof. Kreuzer hat in seiner Amtszeit maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die TU Hamburg-Harburg zu einer innovativen und praxisnahen Universität entwickeln konnte. Insbesondere die Stärkung exzellenter Forschungsbereiche lag ihm am Herzen. Hierbei hatten er auch einige Überzeugungsarbeit in die Universität hinein zu leisten. Dies ist ihm

vorbildlich gelungen, und eine ideale Atmosphäre für die Entwicklung neuer Ideen in den Ingenieurwissenschaften ist entstanden. Die Technische Universität ist am Ende der Amtszeit von Prof. Kreuzer auf einem sehr guten Weg. Ihm persönlich wünsche ich für seinen weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute!“

Mit Prof. Antranikian erhält die TU Hamburg-Harburg einen Präsidenten, der die Universität bereits seit mehr als zwanzig Jahren kennt. Er hat in dieser Zeit ganz wesentlich mit zur positiven Entwicklung der Hochschule beigetragen, sei es mit innovativen Konzepten zur Verbesserung der Lehre durch enge Kontakte zur Wirtschaft. Mit seiner Führungspersönlichkeit wird er auf seine Art die TUHH mit Leben füllen. Ich freue mich auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen. Für die Zukunft wünsche ich ihm wie der TU eine weiterhin positive Entwicklung.“

Der scheidende Präsident Edwin Kreuzer wird nach sechsjähriger Amtszeit in die Forschung zurückkehren. Er forscht seit 1988 an der TU Hamburg-Harburg als Professor für „Strukturdynamik“. Seit 1996 ist er Leiter des Instituts „Mechanik und Meerestechnik“. Seine wichtigsten Forschungsgebiete sind die Nichtlineare Dynamik, Numerischen Methoden der Dynamik, Fluid-Struktur-Wechselwirkungen sowie die Dynamik von Mehrkörpersystemen.

Prof. Garabed Antranikian hat sein Amt bereits am 1. April 2011 angetreten. Er wurde nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren einstimmig vom Hochschulrat gewählt und die Wahl vom Akademischen Senat bestätigt. Anschließend hatte ihn der Hamburger Senat zum Präsidenten bestellt. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre.

#### **Für Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

15. April 2011/bwf15

## **Internationaler Preis für Hamburger Forscher-Ehepaar**

### **Eva und Eckhard Mandelkow entwickeln Medikament gegen Alzheimer**

Das Forscher-Ehepaar Eva-Maria und Eckhard Mandelkow von der Max-Planck-Arbeitsgruppe für strukturelle Molekularbiologie am Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY ist von der Amerikanischen Akademie für Neurologie für seine herausragenden Leistungen in der Alzheimer-Forschung mit dem renommierten Potamkin-Preis ausgezeichnet worden.

Gewürdigt werden die Mandelkows für ihre intensive Arbeit über die molekulare Charakterisierung normaler und toxischer Formen des sogenannten „Tau-Proteins“, das eine Schlüsselrolle bei der Alzheimer-Krankheit spielt. Den beiden Wissenschaftlern gelang es nachzuweisen, dass dieses Protein großen Einfluss auf das Absterben der Nervenzellen und damit auf den Verlauf der Alzheimer-Erkrankung hat.

Im Modellversuch konnten die Medizinerin Dr. Eva-Maria Mandelkow und der Physiker Prof. Dr. Eckhard Mandelkow zeigen, dass es vor allem die Verklumpung des Tau-Proteins ist, die besonders toxisch und somit „alzheimerfördernd“ ist. Dieser Prozess wurde bisher für unumkehrbar gehalten. Die Mandelkows haben es sich dabei zur Aufgabe gemacht, ein Medikament zu entwickeln, das die Stelle blockiert, die für die Verklumpung des Tau-Proteins verantwortlich ist. Sollte das gelingen, hätte man eine wirksame Therapie gegen Alzheimer. Bis es soweit ist, wird es aber vermutlich noch einige Jahre dauern.

**Dr. Dorothee Stapelfeldt**, Senatorin für Wissenschaft und Forschung: „Die Alzheimer-Krankheit mit ihrem langsam fortschreitenden Untergang von Nervenzellen macht eine Bewältigung des normalen Alltags immer schwieriger. Weil zunehmend mehr Menschen ein hohes Alter erreichen, wird die Zahl der Erkrankten weiter ansteigen. Eva-Maria und Eckhard Mandelkow tragen mit Ihrer Arbeit dazu bei, dass es vielleicht schon bald gelingen wird, das Fortschreiten der Demenz zu verhindern und sogar rückgängig zu machen. Für ihr jahrzehntelanges unnachgiebiges Engagement sind sie jetzt zu Recht ausgezeichnet worden. Hierzu gratuliere ich den beiden sehr herzlich. Mit dem geplanten Zentrum für Strukturbiologie sowie den Möglichkeiten beim DESY werden wir ihre Forschungsarbeit auch weiterhin unterstützen.“

Seit über 30 Jahren untersucht das Wissenschaftler-Ehepaar bei der Max-Planck-Gesellschaft die Struktur und Funktionsweise von Proteinen. Bei DESY betreiben die Mandelkows seit 1985 mit Hilfe der Synchrotronstrahlung strukturelle Molekularbiologie. Mit ihrer eigenständigen Arbeitsgruppe unter

der Leitung von Eckhard Mandelkow befassen sie sich mit dem Zytoskelett, also dem Gerüst im Inneren von lebenden Zellen, das unter anderem bei den Transportvorgängen eine wichtige Rolle spielt, aber auch bei der Zellteilung oder der Zelldifferenzierung.

Die insgesamt 100.000 US-Dollar Preisgeld gehen zu je einem Drittel an den Amerikaner Dennis Dickson, der in Florida über Tau forscht, sowie an Eva-Maria und Eckhard Mandelkow.

**Für Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

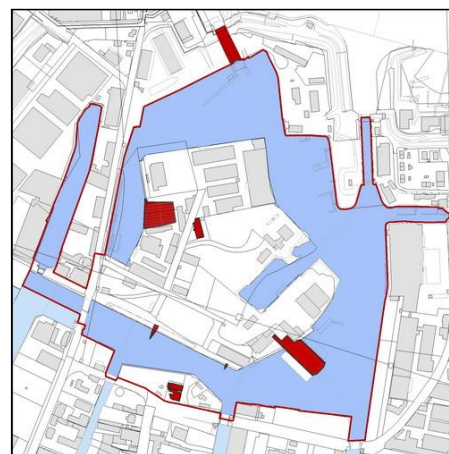
12.04.2011/bkm12

## Harburger Schlossinsel und Binnenhafen

### Keimzelle Harburgs unter Denkmalschutz

Die ehemalige Schlossinsel im Harburger Binnenhafen ist nun im Zuge einer Neuaufstellung des Bebauungsplanes aus dem Hafengebiet entlassen und unter Denkmalschutz gestellt worden.

Die Schlossinsel bildete den Kern der vorindustriellen Stadt Harburg und zeigt in ihrem markanten Grundriss noch die Form der mittelalterlichen Zitadelle (s. Abbildung). Bis heute sind in diesem rund 33 ha. großen Gebiet eindrucksvolle Sachzeugen sämtlicher geschichtlicher Entwicklungsphasen Harburgs erhalten, die insbesondere die Geschichte der Hafenarbeit und Industrialisierung widerspiegeln, so wie Kräne, Kaimauern, Brücken, Straßenpflaster, Bahngleise und die historische Jöhnk-Werft am Lotsestieg 4. Auf der Schlossinsel befindet sich auch Hamburgs einzige Schienen führende Klappbrücke, die Holzhafen-Brücke von 1929/30.



Der Harburger Binnenhafen wurde als Dockhafen mit gleichbleibendem Wasserstand gebaut und im Zuge der Industrialisierung bis 1893 zum Industriehafen weiterentwickelt. Das ehemalige Schloss an der Bauhofstraße 8 ist heute nach Abrissen, Umbauten und Nutzungsänderungen nur noch in Resten wie Fundamenten und Außenmauern erhalten. Der übriggebliebene Bau dient seit 100 Jahren als Mietshaus und hat damit einen ungewöhnlichen Standort im Industriegebiet. In den kommenden Jahren soll auf dem Gelände der Schlossinsel ein Wohn- und Gewerbegebiet entstehen. Geplant sind ebenfalls Liegeplätze für historische Schiffe und ein Sportboothafen. Geschichte und Zukunft des Areals beschreibt auch die Publikation „Denkmalwelt Harburger Binnenhafen“, die 2008 in Zusammenarbeit mit der IBA Hamburg entstand und als PDF auf der Homepage des Denkmalschutzamtes zum Download bereitsteht.

#### Für Rückfragen:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt

040 / 42863-3536, [kristina.sassenscheidt@bkm.hamburg.de](mailto:kristina.sassenscheidt@bkm.hamburg.de)

oder

Karl Olaf Petters, Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824-325, [karl-olaf.petters@bkm.hamburg.de](mailto:karl-olaf.petters@bkm.hamburg.de)

12.04.2011/bkm12a

## Projektförderung für Privattheater entschieden

### **Behörde für Kultur und Medien vergibt 224.000 Euro**

Die Entscheidung über die Projektförderung der Privattheater für die Spielzeit 2010/2011 ist gefallen. Auch in diesem Jahr vergibt die Behörde für Kultur und Medien insgesamt 224.000 Euro für Projekte an den Hamburger Privattheatern. Die dreiköpfige Jury, der Elisabeth Burchhardt (NDR 90,3), Patrick Giese (Hamburger Volksbühne) und Florian Vogel (Deutsches Schauspielhaus) angehörten, hat insgesamt 11 Projekte ausgewählt und für eine Förderung vorgeschlagen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Hamburg hat eine sehr vielfältige Privattheaterszene, die dem einheimischen Publikum und den Gästen der Stadt Abend für Abend ein umfangreiches Programm präsentiert. Ich freue mich sehr, dass die Theater mit dieser Projektförderung die Vielfalt noch um einige besondere Angebote bereichern können, die sonst so nicht möglich gewesen wären. Ich schließe mich daher gern den Empfehlungen der Jury an und bin gespannt auf die Vorstellungen, die in der nächsten Spielzeit zu sehen sein werden.“

Folgende Projekte werden in der Spielzeit 2011/2012 gefördert:

- Randy Newman: „Faust“, polittbüro
- „Manon - Thais“, Opernloft
- „Baby Nr. 7 500 000 01“, Lichthof Theater
- „Frau Müller muss weg“, Komödie extra
- „Das erste Mal“, monsun theater
- „Oma Krögers Bismarckhering“, Hamburger Engelsaal
- Freilichttheater „Leonce und Lena“, Theater N.N.
- „Wie neu! – Miniaturen über das Reparieren“, Lichthof Theater
- „Blind Date“ Komödie extra
- „Ein ganz gewöhnlicher Jude“, Theater N.N.
- Regiearbeit im English Theatre

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters

Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824 – 325

pressestelle@bkm.hamburg.de



12. April 2011/bsb12

## **Landeszentrale für politische Bildung vergibt den Dokumentarfilmpreis Hamburg an den Film "Salaam Isfahan"**

**Die Landeszentrale für politische Bildung konnte den mit 2.000,- Euro dotierten Klaus-Wildenhahn-Preis an die belgisch-iranisch stämmige Filmemacherin Sanaz Azari verleihen. Ihr Dokumentarfilm, der sich während des Wettbewerbs "direkt" gegen vier weitere politisch-thematisierte Dokumentationen behaupten konnte, zeigt Bilder alltäglicher Situationen in der iranischen Stadt Isfahan am Vorabend der Präsidentenwahl im Jahr 2009.**

Die Jury, bestehend aus Dr. Rita Bake (Landeszentrale für politische Bildung), Philip Scheffner (Vorjahresgewinner des Klaus-Wildenhahn-Preises) sowie der Filmemacherin Monika Treut, hatte sich einstimmig für „Salaam Isfahan“ als Gewinner des Contests ausgesprochen.

Mit der Methodik, so die Jurorinnen und der Juror in ihrer Laudatio, sich mit einer Kamera in einen öffentlichen Ort - eine Straße in Isfahan - zu stellen und Passantinnen und Passanten zu bitten, sich fotografieren zu lassen, eröffnet die Regisseurin einen filmischen Raum, der ein Nachdenken über das Verhältnis von Privatem und Öffentlichem und den politischen Bedingungen von Sichtbarkeit und Abbildung ermöglicht.

Der Film legt darüber hinaus seine eigene Entstehungsweise offen und unterläuft und kritisiert damit die gängigen Definitionen politischer Informationen, die in Nachrichtensendungen und oftmals auch in Dokumentarfilmen die Wahrnehmung der Zuschauenden konditionieren. Die Wahl fiel auch deshalb einstimmig auf gerade diesen Film, weil er Diskussionen über die eigenen Erwartungshaltungen an politische Dokumentarfilme anstößt.

### **Für Rückfragen der Medien:**

Dr. Rita Bake, Tel. 4 28 23 48 04, E-Mail: [rita.bake@bsb.hamburg.de](mailto:rita.bake@bsb.hamburg.de)

Annika Fritzsche, Tel. 4 28 23 48 08, E-Mail: [annika.fritzsche@bsb.hamburg.de](mailto:annika.fritzsche@bsb.hamburg.de)





12. April 2011/mr12

## „Wir setzen auf Kooperation“

### 100. Treffen der niedersächsischen Landräte mit Hamburger Spitzenvertretern

„Die Metropolregion Hamburg ist der Wirtschaftsmotor in Norddeutschland – aber der funktioniert nur dann gut, wenn die Metropole eng mit ihren Partnern im Umland zusammen arbeitet.“ Dieses klare Bekenntnis zu einer weiteren intensiven Zusammenarbeit äußerte **Andreas Rieckhof**, neuer Staatsrat in der Hamburger Senatsverwaltung, auf der Sitzung der „Regionalen Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Niedersachsen“ (RAG) am vergangenen Donnerstag, 7. April, in Cuxhaven.

Drei Mal im Jahr kommen Führungskräfte aus Hamburger Behörden mit den Landräten der niedersächsischen Landkreise in der RAG zusammen, um Ziele und Projekte der länderübergreifenden Zusammenarbeit zu beraten.

Der Kooperationsraum der norddeutschen Hafenmetropole reicht weit nach Niedersachsen hinein und umfasst die Landkreise Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg, Soltau-Fallingb., Stade und Uelzen – und auf schleswig-holsteinischer Seite gehören weitere sechs Kreise zur Metropolregion Hamburg. Das jüngste Treffen – das erste in 2011 und das 100. in der Geschichte der RAG – stand unter einem besonderen Vorzeichen. Denn zum ersten Mal nahm **Andreas Rieckhof** als neuer Spitzenbeamter aus Hamburg an der Sitzung teil. Der designierte Hamburger Wirtschaftsstaatsrat bringt schon von Haus aus viel Verständnis für die Erwartungen aus den Umlandkreisen mit sich. Denn bis vor kurzem leitete Rieckhof als Bürgermeister der Stadt Stade die Geschicke der zweitgrößten Kreisstadt im Süden der Metropolregion. Mit den Sorgen und Nöten der Kommunen im „Speckgürtel“ der Millionenstadt ist er also bestens vertraut: „Den Menschen, die in der Region Hamburg leben und arbeiten, sind Kreis- und Landesgrenzen egal – sie vertrauen darauf, dass die Behörden reibungslos zusammenarbeiten und gemeinsam für eine gute Infrastruktur sorgen“, so der Staatsrat.

Dass die Zusammenarbeit zwischen der Millionenstadt Hamburg und ihren Umlandkreisen in vielen Bereichen gut vorankommt, zeigten die Themen des Treffens. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Arbeit an einem gemeinsamen Außenauftritt der Region. Wichtige Voraussetzung dafür: Die Kreistage im Umland haben bereits in den letzten Wochen einer Fortführung der Mitgliedschaft in der Hamburg Marketing GmbH zugestimmt. Über weitere aktuelle Projekte der Zusammenarbeit referierte **Jakob Richter**, der die Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg seit zwei Jahren leitet: „Wir haben dieses Jahr zum zweiten Mal eine gemeinsame Tagestourismuskampagne durchgeführt, organisieren gemeinsam einen regionsweiten Fußball-Cup der Schulklassen, und wir bringen Stadt und Umland in der Internationalen Gartenschau 2013 zusammen.“ Dies seien wichtige Schritte auf dem Weg zu regionaler Identität und regionalem Handeln, resümierte Jakob Richter, der auch klarstellte: „Es werden weitere folgen.“

Ein positives Zwischenfazit der Zusammenarbeit zieht auch **Joachim Bordt**, Landrat des Landkreises Harburg und Vorsitzender der Regionalen Arbeitsgemeinschaft: „Wir begegnen uns auf Augenhöhe und können Probleme

und Lösungen offen und frühzeitig beraten. Diese Gesprächskultur ist ebenso wie konkrete Zusammenarbeit in den letzten Jahren deutlich vorangekommen – und das ist wichtig nicht nur für die Effektivität der grenzüberschreitenden Verwaltungsarbeit, sondern auch für die internationale Wahrnehmung der Region.“ Wichtige Themen für die kommenden Jahre seien der Ausbau der Kooperationen etwa im Bereich der Schulentwicklung, aber auch der Wirtschaftsförderung. Der Harburger Landrat zeigt sich sehr zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit auf diesen und weiteren Feldern zügig vorankommt. Joachim Bordt: „Wir können auf eine jahrzehntelange Tradition des Stadt-Umland-Dialogs in der Region zurückschauen – und wir werden diesen Kurs im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger und der regionalen Wirtschaft weiterführen“.

Rückfragen unter:

Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg

Marion Köhler

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49(0)40 42841-2604

E-Mail: [presse@metropolregion.hamburg.de](mailto:presse@metropolregion.hamburg.de)

[www.metropolregion.hamburg.de](http://www.metropolregion.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 18. April bis 21. April 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 18.04.2011

**16:30** Altonaer Kinderkrankenhaus, Lufthafen, Bleickenallee 38  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort zur **Einweihung des „Lufthafens“, der Langzeitbeatmungsstation am Altonaer Kinderkrankenhaus.**

**18:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Mai-Empfangs 2011.**

Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Detlef Scheele, Staatsrat Dr. Bernd Egert, Staatsrat Andreas Rieckhof und Staatsrätin Elke Badde nehmen teil.

**19:30** Maritim Reichshof Hotel, Kirchenallee 34-36, Salon Senator  
Senator Michael Neumann spricht ein Grußwort auf der **Landesversammlung der Helfervereinigung des Technischen Hilfswerks.**

**20:00** Laeiszhalle  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht das **„8. Philharmonische Konzert“ der Philharmoniker Hamburg.**

### Dienstag, den 19.04.2011

**19:00** Tide TV, Kunst- und Mediacampus Hamburg, Finkenau 35  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **FINK Fernsehpreis Verleihung.**

### Mittwoch, den 20.04.2011

**11:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort anlässlich der **Auszeichnung der Partnerprojekte von igs2013 und der Metropolregion Hamburg.**

**16:00** Gedenkstätte Bullenhuserdamm, Bullenhuserdamm 92  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich der **Neueröffnung der Gedenkstätte Bullenhuser Damm.**

**19:30** Warburg-Haus, Heilwigstr. 116  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Verleihung der Martin-Warne-Medaille an den Preisträger Wolfgang Ullrich** teil.

### Donnerstag, den 21.04.2011

**13:00** AK Wandsbek; Alphonsstraße 14  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung der neuen „Zentralen Notaufnahme“ der Asklepios Klinik Wandsbek.**